

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
find in der Morgenausgabe angeschlossen  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag

4. November 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Nordamerika wählt.

### Letzte Kandidatenworte.

New York, 4. November. (Kabeldienst der U.) Präsident Coolidge forderte am Wahlabend durch Radio die Wähler zu größter Wahlbeteiligung auf. Diese Mahnung ist um so notwendiger, da das Interesse der Wähler überaus schwach bleibt. In New York sah man gestern nur vereinzelt Menschenansammlungen, u. a. am höchsten Wolkenkratzer, dem Woolworth-Gebäude, auf dessen Giebel die Scheinwerfer der Zeitung „Sun“ zum ersten Male probeweise ausleuchteten. Sie sollen heute abend das Wahlergebnis mitteilen. In Wallstreet (Börse) wird eifrig 11:1 für Coolidge gewettet. Niemand bezweifelt mehr seinen Sieg. Die Anhänger Lafollettes erklären, daß ihnen der Kampf um den Kongress wichtiger sei als der um die Präsidentschaft; sie hoffen, bei der Wahl die absolute Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erlangen. Sie sind entschlossen, dauernd als dritte Partei aufzutreten.

Washington, 4. November. (E.P.) Der demokratische Kandidat Davis hat eine letzte funktentelephonische Botschaft an die Wähler gerichtet. Davis hat von New York aus und Coolidge vom Weißen Haus gesprochen. Coolidge weist darauf hin, daß nicht mehr als 50 Prozent der Wähler bisher ihre Stimmkarte verlangt haben.

### Wettfieber — Coolidges Wahl gesichert

New York, 4. November. (E.P.) In New York werden gegenwärtig hohe Beträge über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen gewettet. Für Coolidge stehen im allgemeinen die Werten am besten, doch werden weniger hohe Beträge eingesezt als bei früheren Präsidentschaftswahlen. Man glaubt nicht, daß die Werten zur Stunde eine Million Dollar überschreiten, wogegen die Werten bei früheren Wahlen gelegentlich 3 bis 4 Millionen Dollar betragen. Die Wählererschaft scheint im allgemeinen wenig Interesse an der Wahl zu besitzen, da die Wahl Coolidges im allgemeinen als feststehende Tatsache gilt. Die Kampagne ist deshalb weniger heftig als bei früheren Anlässen, besonders zur Zeit Roosevelts und Bryan. Die Wahlreisen von Bryan haben seinerzeit eine Straße erreicht, die dem Umfang der Erde gleichkam. Roosevelt hielt seinerzeit zur Höhezeit der Wahlkampagne in der Regel 20 Reden täglich. Bei der gegenwärtigen Kampagne hat eigentlich nur Senator Lafollette gewisse Anstrengungen unternommen. Coolidge hat kaum mehr als zwei bis drei Reden gehalten. Auch der demokratische Kandidat Davies ergreift in der Regel nur da das Wort, wo nach seiner Ansicht die Stellung der Demokraten durch die Angriffe von Lafollette gefährdet erschien. Im ganzen sind 631 Delegierte zu wählen, die dann ihrerseits die Präsidentschaftswahl vornehmen werden. Davon werden Coolidge wenigstens 274 und höchstens 350 zugesprochen werden, also in jedem Falle eine absolute Mehrheit. Man glaubt, daß die Stimmen, die Coolidge nicht erhalten wird, sich im Verhältnis von 75 zu 25 auf Davies und Lafollette verteilen werden.

Diese Schätzungen werden selbstverständlich von den Demokraten und Progressisten nicht geteilt. Die Resultate der Delegiertenwahlen werden voraussichtlich am Mittwoch morgen bekanntgegeben. Obwohl die Präsidentschaftswahl erst am 10. Januar im Weißen Hause in Washington stattfinden wird, werden diese Delegiertenwahlen gleichwohl schon von vornherein für die Präsidentschaftswahl bestimmend sein, da die Delegierten sich ihrerseits für den einen oder anderen Kandidaten verpflichtet und damit das imperatorische Mandat übernommen haben. Allgemein anerkannt man, daß die Progressisten durch die Niederlage der Arbeiterpartei in England einen verhängnisvollen Schlag erlitten haben. Seit dieser Niederlage fallen die Arbeiterorganisationen, die bis jetzt Lafollette, zum Teil in hohem Maße, finanziell unterstützten, eine nach der anderen von ihm ab und wenden sich mehr und mehr den Demokraten zu, da sie von deren Sieg jetzt mehr überzeugt sind. Immerhin bezweifelt man, ob die amerikanischen Arbeiter der sozusagen in letzter Stunde abgeänderten Lösung ihrer Führer folgen werden, da ihnen während Wochen und Monaten Lafollette als derjenige Kandidat bezeichnet worden ist, der allein das Interesse der Arbeiterschaft vertrete.

### Britisches Regierungsprogramm.

#### Konservative Andeutungen.

London, 4. November. (W.T.B.) Der frühere konservative Minister Johnson Hicks erklärte in einer Rede, es müsse eine Regierung vorhanden sein, die auch wirklich den Willen habe zu regieren. Indien sei große Freiheit gewährt worden, aber die letzte Verantwortlichkeit müsse bei der britischen Regierung bleiben. Wenn die Regierung auch nicht den Wunsch habe, etwas zurückzunehmen, so müsse sie doch darauf bestehen, daß keine Aufstände oder Gewalttaten irgendeiner Art stattfinden, deren Ziel es sei, die britische Herrschaft in Indien zu stürzen. Hicks sprach die Hoffnung aus, daß alle unerwünschten Fremden vertrieben würden und daß Fremde, die das Land zu betreten wünschten, einer eingehenden Prüfung unterworfen würden. Die Regierung dürfe nicht rückschrittlich sein, sondern müsse die Politik sozialer Reformen fortsetzen. Die Wohnungsfrage müsse energisch in Angriff genommen werden. Gegen die Arbeitslosigkeit sei das einzige Mittel die Festigung des britischen Handels. Der Redner kündigte strenge Sparmaßnahmen in den öffentlichen Verwaltungen und eine möglichst baldige Herabsetzung der Steuern an. Man müsse für die zukünftige Entwicklung des britischen Reiches sorgen, denn allein in dieser Richtung liege jede Hoffnung für die Zukunft der Nation. Bei einer solchen Entwicklung würde Großbritannien weiterhin das größte Land der Welt sein.

### Wahlbilanz.

London, 4. November. (W.T.B.) Die Konservativen und die Liberalen haben bei den Parlamentswahlen nach je einen Sitz gewonnen. Der Stand der Parteien ist folgender: Konservative

411, Arbeiterpartei 152, Liberale 42, Unabhängige 5. Fünf Ergebnisse stehen noch aus.

### Die deutschen Sachlieferungen. Einführung des gemischten Ausschusses.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Schlußprotokoll der Londoner Konferenz sieht zur Regelung aller mit dem heißen Problem der Naturalieferungen zusammenhängenden Fragen die Einführung eines besonderen gemischten Komitees vor, dessen Mitglieder zu gleichen Teilen von der Reparationskommission und der deutschen Regierung zu ernennen sind. Da diese Ernennungen von beiden Seiten erfolgt sind, wird das Komitee am 6. November zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Auf Grund offizieller Vorbesprechungen wurde beschlossen, am 10. November Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen, Farben und Stickstoff mit der Anhörung der zuständigen deutschen Sachverständigen zu beginnen. In der gleichen Sitzung soll auch das neutrale Mitglied des Komitees ernannt werden, dessen Stimme nach den Londoner Vereinbarungen im Falle von Differenzen den Ausschlag geben soll. Vermutlich wird man sich auf einen Amerikaner einigen.

### Neuer Faschistenterror.

#### Auch gegen die Katholiken.

Rom, 4. November. (W.T.B.) „Osservatore Romano“ befragt sich darüber, daß in Rom am gestrigen Tage abends bewaffnete Faschisten in bedrohlicher Weise durch die Straßen zogen, ohne daß die Polizei gegen sie einzuschreiten wagte. Der „Osservatore Romano“ stellt fest, daß am vorigen Sonnabend abends 1/9 Uhr bewaffnete Schwarzhemden in das Zentralfotel der katholischen Vereinigung in Rom eindringen, sämtliche Briefkästen der verschiedenen katholischen Vereine, die im Palast ihren Sitz haben, zerbrechen und alsdann verschwinden. „Osservatore Romano“ fragt, wohn man mit solchen Zuständen kommen werde und ob man vielleicht auf diese Weise das heilige Jahr vorbereiten wolle.

„Messaggero“ verzeichnet mehrere Fälle aus den letzten Tagen, an denen an verschiedenen Orten Italiens die Faschisten Angehörige der Oppositionsparteien angegriffen und verwundet haben.

### Neuer Prozeß gegen Rathusius.

Paris, 3. November. (Havas.) Der in Forbach verhaftete General v. Rathusius ist nach Lille übergeführt worden, wo er seinerzeit vom Kriegsgericht in Abwesenheit zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Er muß sich nun einem neuen Urteil unterwerfen.

Der gemessene kaiserlich deutsche General v. Rathusius ist, wie schon berichtet, beim Grüberbruch auf französisch gewordenen Boden verhaftet worden. Er hatte sich ahnungslos und auf Grund der einer allgemeinen Einladung nachkommenden Einreiselerleichterung zu Meereseilen in ein Land begeben, wo er vorher gelebt hatte und wo nahe Verwandte von ihm begraben liegen. Ein französisches Offiziersgericht hatte ihn, wovon er nichts wußte, also wohl ohne Zustimmung des in seiner Abwesenheit gefällten Urteils, wegen — Diebstahls zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Jetzt bringt man ihn vor ein solches Gericht. Die französische Regierung täte gut daran, diesen Mißgriff zu korrigieren.

### Litauen verlegt Memels Rechte.

Memel, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Zu der verhinderten Verhaftung des Landwirts Peteret in Wlanen, der den Oberwachmeister Heidemann erschöß, haben die Memeler Richter und Staatsanwälte der Presse eine Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt: Der Bestger Peteret hat am 30. Oktober 1924 auf seinem Gehöft den Landesoberwachmeister Heidemann erschossen. Als am 1. November Polizeibeamte im Begriff waren, Peteret festzunehmen, haben ein Beamter des Landesdirektoriums, ein Offizier und der Führer der litauischen Schützenvereinigung Peteret befreit. Das Verfahren, das die Nachhaber einschlagen, widerspricht dem Artikel 5 der Konvention über das Memeler Gebiet, worauf die Strafverfolgung und Gerichtsverfassung zur Zuständigkeit der Organe der autonomen Verwaltung des Memeler Gebietes gehören. Abweichende gesetzliche Vorschriften würden verfassungswidrig und daher nichtig sein. Die Nachhaber hindern also die Gerichte und den Staatsanwalt, den Täter, dem Gesetz entsprechend, zu verfolgen. Wir erklären nun hiermit: Wenn wir unser Amt weiterführen, so tun wir das, um im Interesse der Bevölkerung zu verhüten, daß in der Zeit der Wahl zum Landtag, die wieder geordnete staatliche Zustände bringen wird, die Rechte in noch weiterem Umfang lahmgelegt werden als jetzt. Eine Lahmlegung würde eintreten, weil eine genügende Anzahl anderer zum Richteramt befähigter Männer im Memelgebiet nicht vorhanden ist. — Der Oberstaatsanwalt hat einen Steckbrief gegen Peteret erlassen.

Romno, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Prozeß wegen des Memeler deutschlitauischen Mordverfalls wird vor dem Kommoer Kriegsgericht Ende November beginnen.

Estnisch-russischer Konflikt. Der estnische Geandte in Moskau, Birk, überreichte der Sowjetregierung eine Note, in der er mitteilt, daß er Moskau verlassen wird wegen der fortgesetzten Angriffe auf ihn in der Sowjetpresse. Es steht zu erwarten, daß auch weitere estnische Persönlichkeiten Moskau verlassen werden.

## Justiz und Wahlkampf.

### Die Justiz eine Hoffnung der SPD.

Der deutsche Kommunismus ist am Sterben. Es bewährt sich an ihm die alte Erfahrung, daß sich eine Bewegung, die einzig und allein auf die gewalttätige Revolution gerichtet ist, nicht konservieren läßt. Tiefgreifende Umwälzungen der Staats- und Gesellschaftsordnung, bei denen die Gewalt die Rolle der Geburtshelferin spielt, lassen sich, wie jeder Marxist weiß, nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt herbeiführen. Eine gewaltrevolutionäre Bewegung ist daher nur dann organisationsfähig, wenn in den Massen der Glaube an das Vorhandensein oder das stürmische Herannahen einer „revolutionären Situation“ lebendig ist. Dieser Glaube ist aber heute bei der kommunistischen Führerschaft verschwunden, und auch ihre zusammenschmelzende Anhängerschaft ist von Zweifel an der ihr gepredigten Lehre zertrüffelt.

Der „bolshewisierte“ Kommunismus hat auf jede praktische Tätigkeit zugunsten der arbeitenden Massen innerhalb der bestehenden Verhältnisse grundsätzlich und bewußt verzichtet. Er hat den Arbeitern nichts zu bieten, als die einzige Hoffnung auf einen bevorstehenden gewalttätigen Umschwung, wenn diese Hoffnung schwindet, dann steht er mit leeren Händen da. Und es ist nur selbstverständlich, wenn sich dann diejenigen Arbeiter, die einige Jahre hindurch zum Kommunismus gestanden haben, wieder derjenigen Partei zuwenden, die die praktische Vertretung ihrer Interessen auf ihre Fahne geschrieben hat, und die auf demokratischem, gewaltlosem Weg den Zielen des Sozialismus näherzukommen versucht der Sozialdemokratie.

Die kommunistische Partei sucht diesen natürlichen Entwicklungsprozeß aufzuhalten, indem sie den Graben zwischen ihren Anhängern und den sozialdemokratischen Arbeitern ständig vertieft und jenen vorredet, die Sozialdemokratie sei eine „bürgerliche“, eine „kapitalistische“ Partei geworden. Unter Verzicht auf jede Logik und jede Wahrheit gießt sie auf die Sozialdemokratie täglich ganze Kübel einer mehr oder minder künstlichen moralischen Entrüstung aus, sie tut so, als sei alle Reinheit und alle Seelengröße bei ihr, jeder Verrat aber und jede Gemeinheit auf der anderen Seite.

Zu diesem Zweck will sie jetzt durchaus auch die zahlreichen strafrechtlichen Verfolgungen ausnützen, die in der letzten Zeit eingeleitet haben. Es ist darum notwendig zu sagen, wie die Sozialdemokratie zu diesen Verfolgungen steht.

Zweifellos sind von Kommunisten in der letzten Zeit wiederholt Handlungen begangen worden, die ein strafrechtliches Einschreiten herausgefordert haben. Wenn z. B. Beamte der Schutzpolizei überfallen und mit Gewalt ihrer Waffen beraubt werden, wenn Personen, die mit Recht oder Unrecht in Spiegeverdacht geraten sind, geißelt werden, wenn Werkstätten eindeckt werden, in denen die Fälschung amtlicher Urkunden betrieben wird, so muß der Staatsanwalt sie verfolgen, und jeder Richter muß Personen, die sich solcher Handlungen schuldig gemacht haben, verurteilen.

Kein Mensch hat den Anspruch, nicht angeklagt und nicht verurteilt zu werden, weil er einer bestimmten Partei angehört. Auch Kommunisten können das Privileg der Straffreiheit nicht für sich in Anspruch nehmen.

Anders steht es mit der Frage, ob auch jede Kleinigkeit mit unerbittlicher Schärfe verfolgt werden muß, und anders steht es mit der Frage des Straßmaßes. Hier hat die Sozialdemokratie stets auf dem Standpunkt gestanden, daß jeder Anschein einer Verfolgungssucht vermieden werden muß, und daß die etwa vorhandenen idealen Beweggründe der Tat zu berücksichtigen sind, soweit irgend nur das Gesetz es zuläßt. Vor allem aber ist sie der Meinung, daß nach allen Seiten hin mit gleichem Maß gemessen werden muß.

Da dies leider nicht der Fall ist, übt die Sozialdemokratie an der Justiz die schärfste Kritik. Sie kann ihr vernünftigerweise keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie Gewalttäter, Totschläger, Urkundenfälscher verurteilt. Sie macht ihr aber den Vorwurf, daß sie oft auf einem Auge blind ist und mit dem anderen doppelt sieht. Bei der vorwiegend bürgerlichen und oft deutschnationalen Einstellung der Staatsanwälte und Richter tritt oft eine unterschiedliche Behandlung rechts- und linksfaschistischer Bestrebungen ein, die zur schärfsten Kritik herausfordert. An dieser Kritik hat es die Sozialdemokratie nie fehlen lassen.

Statt sich mit der Sozialdemokratie gegen diese Ungerechtigkeit zu wenden, fordert die SPD. selber eine Ungerechtigkeit, indem sie in jedem Fall Straffreiheit für ihre Mitglieder verlangt. Und statt dafür zu wirken, daß Justiz und Verwaltung verbessert und mit sozial empfindenden Elementen durchsetzt wird, konzentriert sie ihre Angriffe eben auf diese Elemente, nämlich auf die wenigen Sozialdemokraten, die in Justiz und Verwaltung tätig und bei dieser Tätigkeit selbstverständlich an das Gesetz gebunden sind.

So kann man in ihrer Presse täglich lesen, daß in der „Ebert-Revolution“ sozialdemokratische Richter „Bluturteile“ fällen. Daß Ebert die deutsche Justiz nicht umtrepeln kann, wissen sie. Und daß die wenigen stets in der Minderheit befindlichen sozialdemokratischen Richter in der geheimen Gerichtsberatung für ausgleichende Gerechtigkeit und Anerkennung idealistischer Beweggründe bei der Strafzumessung wirken, könnten sie sich denken, wenn es ihnen eben nicht nur darauf ankäme, die Sozialdemokraten zu verurteilen.

Die starke Zunahme der gegen Kommunisten eingeleiteten Strafverfolgungen kann die Sozialdemokratie aus politischen Gründen nur mit tiefer Mißbilligung betrachten. Die bei den Reichstagswahlen bestimmt zu erwartende starke Ab-

nahme der kommunistischen Stimmen muß auch auf die nach verbleibenden Reste der kommunistischen Anhängererschaft ernüchternd wirken, denn als einziger Grund für diese Abnahme die zunehmende politische Einsicht der Arbeiter erkennbar ist. Wird es aber der K.P.D. möglich, ihre Wahl-niederlage auf eine andere Ursache, nämlich auf den äußeren Druck zurückzuführen, dann wird es ihr auch möglich, ihren Anhängern zu sagen: „Seht, trotz aller Verfolgungen haben wir noch immer so und so viel Stimmen aufgebracht!“

So sind die strafrechtlichen Verfolgungen tatsächlich zu einem letzten Rettungsanker der K.P.D. geworden. Sie hofft, durch agitatorische Ausnutzung dieser Verfolgungen einen Teil der Stimmen, die ihr am 4. Mai zugefallen sind, sich zu erhalten, und sie bekommt ein bequemes Mittel in die Hand, die wahren Ursachen ihrer Verluste zu verschleiern.

Die wahre Ursache ihres Rückgangs liegt in der totalen Unfähigkeit und Unlust dieser Partei, sich für praktische Arbeiterinteressen einzusetzen. Je klarer diese Ursache hervortritt, desto lieber muß es uns Sozialdemokraten sein, denn desto näher ist dann die völlige Gesundung der Arbeiterbewegung und die Möglichkeit neuer großer Fortschritte.

Läge es in unserer Macht, so würden wir Sozialdemokraten die Justiz veranlassen, daß sie, ganz besonders in der gegenwärtigen Wahlzeit, den Kommunisten jede Schonung andeuten läßt, die mit dem Gesetz noch vereinbar ist, und daß sie dann — was sie ohnehin tut — nach der anderen Seite hin in der gleichen Weise verfährt. Wir haben den lebhaften Wunsch, daß die Wahlagitatorien der Kommunisten sich so frei wie möglich gestalten möge, und daß darum auf Verhaftungen und sonstige Störung kommunistischer Veranstaltungen verzichtet wird, daß auf alle Fälle jeder Ansehens vertrieben wird, als bestände die Absicht, die Agitation dieser Partei für ihre legale Vertretung im Parlament irgendwie einzuschränken. Das ist für uns eine Forderung nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der politischen Klugheit.

Und in diesem Sinne können wir nur wiederholen, was hier schon oft gesagt worden ist: Jede Stimme, die am 7. Dezember für die Sozialdemokratie abgegeben wird, ist eine Stimme des Protests gegen zweierlei Maß und gegen Klassenjustiz!

## Neugruppierung der Schwerindustrie.

### Nationale und internationale Syndikate.

Die deutsche Schwerindustrie, deren Verbände infolge der Inflation und der Stabilisierungskrise teils gelockert waren, teils ihre wirtschaftlichen Aufgaben hinter anderen Bestrebungen zurückgestellt hatten, hat jetzt eine Neugruppierung vorgenommen. Die Verhandlungen über die Bildung eines Rohstahlsyndikats sind gestern abgeschlossen worden. Dieser Verbandgründung sollen in Kürze neue Organisationen folgen, die Produktion und Absatz der Halbfabrikate der Eisenindustrie regeln.

Der Stahlwerksverband, dessen Nachbesserung vor dem Kriege eine außerordentlich große war, ist somit wieder im Entstehen. Zweck der Neugründungen ist, die Hochhaltung der Eisenpreise durch kapitalistische Kontrolle und Regelung der Produktion und des Absatzes. Sinken die Preise, so werden die Betriebe eingeschränkt oder stillgelegt, bis der Rückgang der Vorräte den Handel und den Verbrauch zwingt, die geforderten höheren Preise anzunehmen. Da augenblicklich die Schwerindustrie unter Absatzschwierigkeiten leidet, konnten selbst die widerstrebenden Elemente sich zunächst zum Abschluß des Rohstahlsyndikats einigen. Das Bestreben nach rückwärtsloser Hochhaltung der Eisenpreise hat schon früher die Schwerindustrie zu einem der wichtigsten und mächtigsten Träger des Schutzollgedankens gemacht. Auch die Bildung des neuen Verbandes wird diesem Zweck dienstbar gemacht werden. Darüber hat man auf der Tagung der deutschen Eisen-

industriellen, die kürzlich stattfand, keinen Zweifel gelassen. Für die deutsche Wirtschaft aber und für die verarbeitende Industrie, die heute mehr als je niedrige Rohstoffpreise brauchen, wird der neue Verband ebenso wie die Forderung nach Schutz-zöllen die schwersten Gefahren mit sich bringen.

Diese Gefahr ist um so größer, als jetzt außer Zweifel steht, daß auch internationale Vereinbarungen über die Absatzregelung der Schwerindustrie der verschiedenen Länder angestrebt werden und nicht vor ihrem Abschluß sind. Beabsichtigt wird zunächst die Ausschaltung des Wettbewerbes am internationalen Markt durch ein internationales Kartell, das die Preise und Lieferungsbedingungen regelt. Man bestrebt vorläufig noch, daß darüber hinaus eine enge Arbeitsgemeinschaft zwischen der Schwerindustrie Deutschlands, Frankreichs und Belgiens angestrebt wird. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß sich die Beziehungen zwischen den schwerindustriellen Gruppen der einzelnen Länder sehr bald enger gestalten werden, wenn erst ein internationales Syndikat besteht und der erbitterte Kampf, der bisher in der Reparationsfrage und in der Frage der Kohlenlieferungen geführt wurde, aufhört. Eine Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, daß bereits bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die morgen wieder aufgenommen werden, die verschiedenen schwerindustriellen Gruppen einander in die Hände arbeiten werden auf Kosten des Verbrauchs und der Arbeiterschaft. Die schwerindustrielle Reaktion tritt mit erhöhter Kraft in den politischen und wirtschaftlichen Kampf. Sache der Arbeiterschaft ist es, bei den nächsten Wahlen zu verhindern, daß sie wieder den großen Einfluß auf die Regierung erhält, den sie im kaiserlichen Deutschland innehatte.

## Krach bei Lindströms.

### Spaltung auch im schönen Mecklenburg.

Nicht nur in Bayern vollzieht sich die völkische Spaltung. Was dort der Esser und der Streicher, das ist in Mecklenburg, dem Heimatlande Graefes, ein gewisser Rörner mit seinem „Vortrupp“. Die „Mecklenburger Worte“ sieht sich genötigt, an der Spitze des Blattes in Feldbrud eine Erklärung der „Reichsführerschaft“ — d. h. Ludendorffs, Strassers und Graefes — abzudrucken, in der es heißt:

Die Reichsführerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands lehnt, wie bereits bekanntgegeben wurde, das sogenannte „Direktorium“ (Dr. Volk, Heide, Sunkel) als eine die Störung der Geschlossenheit unserer Bewegung bewirkende Sonderorganisation unbedingt ab. Auch in Mecklenburg hat sich eine in irreführender Weise den Namen „Landesverband der NSDAP.“ mißbrauchende kleine Organisation unter Herrn Rörner aufgestellt, die sich beglückwünscht unterstellt hat und sogar ein eigenes Blatt, den „Vortrupp“, herausgibt. Wir erfinden in dieser Arbeit eine unverantwortliche Sabotage der Einheitlichkeit unserer Bewegung. . . Wir fordern jeden treuen Bekannter unserer nationalsozialistischen Freiheitsbewegung auf, sofort von jeder Unfriedens stiftenden Sonderaktion abzurücken. Auch das Blatt „Vortrupp“ muß nach seinen jüngsten Kritiken gegen unsere Bewegung unbedingt abgelehnt werden.

Das ist nun das Heil der Diktatur, mit der die Lindströms das deutsche Volk beglücken wollten! Nicht einmal in ihren Reihen kann sich die „Reichsführerschaft“ Autorität verschaffen, aber die Millionen deutscher Republikaner sollten solchen politischen Dilettanten bedingungslos Gefolgschaft leisten! Der völkische Spalt bricht wie der kommunistische in sich selbst zusammen. Der 7. Dezember wird zeigen, wie weit die Zerlegung in diesen Parteien der Diktatur bereits gediehen ist!

### Loß von Ludendorff! — Streit um Hitler.

München, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Eine in München abgehaltene aus ganz Deutschland geleitete Reichskonferenz der Großdeutschen Volksgemeinschaft hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Seit Monaten hat die Großdeutsche Volksgemeinschaft ihren Willen bekundet, in der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung unter der Reichsführerschaft Ludendorff-Strasser-Graefe aufzugehen,

unter der Voraussetzung, daß die alleinige oberste Führung Adolf Hitler nach seiner Freilassung gewährleistet ist. Unsere Bedingungen wurden verworfen. Die Großdeutsche Volksgemeinschaft erklärt sich daher als eine selbständige Reichsorganisation. Den bisherigen Führern Streicher und Esser wird das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen. Die Leitung der Reichsorganisation wird durch einstimmige Mitbewählung des bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Dinter erweitert. Diese erweiterte Leitung beschließt unter der Bezeichnung „Vollzugsausschuß der Großdeutschen Volksgemeinschaft“ die Geschäfte weiterzuführen und Adolf Hitler jederzeit die Organisation zur Verfügung zu stellen. Die Großdeutsche Volksgemeinschaft wird sich an den Gemeindevahlen in Bayern mit eigenen Kandidaten aufregte beteiligen, dagegen lehnt sie eine Beteiligung an den Reichstagswahlen mit eigenen Listen ab, um die Zersplitterung im völkischen Lager nicht noch zu vermehren.“

## Orden gefällig!

### Die Deutschnationalen handeln auch damit.

So langweilig es ist, den redaktionellen Teil der neu erscheinenden deutschnationalen „Nationalpost“ zu lesen, als deren Herausgeber übrigens jetzt der Verkehrsministerandabot der Deutschnationalen, Wilhelm Laverenz, zeichnet, so interessant ist ihr Inhalt. Die berühmten Ansprachen, in denen deutsch-nationale Wählerstimmen gegen Kleider und Breitschiff gesucht werden, sind zwar seither spurlos von der Bildfläche verschwunden, dafür findet man aber in der neuesten Nummer folgenden Ertrag:

### Uhlung! Flandernkämpfer!

Das Flandernkreuz ist durch die zuständige Kommission des Adm. v. Schröder genehmigt und für die Flandernkämpfer zur Ausgabe gelangt. Anwärter wollen sich um Beifügung von Porto an mich wenden zwecks Zustellung von Antragsformularen, alles weitere daraus ersichtlich. Das Kreuz in echt Bronze m. Schwer u. Geschloßplacet: Antwerpen, Hier, Pierr, Sonne, Flandernschloß, Durchbruchschlacht, Seestrieg, Luftkrieg, Ant. erbet. an euren Kameraden Paul Küst, Erste Berliner Vereinsabteilung, Orden, Fahnen- und Medaillenfabrik!

Die Deutschnationalen sind von einer selbständigen Völklichkeit! Ihre Handeltätigkeit vertritt sich von Tag zu Tag. Sie handeln nicht nur mit Besinnung und politischen Grundfragen, sondern auch mit Orden, die gar nicht existieren. Aber freilich, der Fall des kürzlich von den Reichsleitern beurteilten Ordensschwunders Kletter, der sein Unwesen mit Zustimmung Ludendorffs trieb, hat gezeigt, wie einträglich derartige „Kommissionen“ sind. Man bekämpft doch nicht umsonst die Judenrepublik und das Judenkapital! Und wenn es nicht gelingt die Ministerposten der Judenrepublik zu erschleichen, muß man sich an anderen Dingen schloßlos halten. Es geht ums Ganze, es geht um die „Schwarzweißrote Sache“ der Schröder, Hergt und Laverenz und wie sie alle heißen.

## Bayern gegen Reichsregierung.

### Partikularistischer Finanzkonflikt.

München, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Verordnung des Reichspräsidenten, die jede Auslandsanleihe der Gemeinden und Länder von der Zustimmung des Reichsfinanzministers abhängig macht, stößt bei der bayerischen Regierung auf schwere Bedenken, da man in dieser Verordnung einen neuen Eingriff des Reiches in die Selbständigkeit der Länder sieht. Man wirft hier die Auffassung, daß das Recht der Aufsicht über die Aufnahme von Anleihen bisher selbständiges Recht der einzelnen Finanzverwaltungen war, so daß die Verordnung des Reichspräsidenten sowohl staatspolitisch wie finanzpolitisch tatsächlich in die Rechte der Länder eingreife. Besonders peinlich berührt ist man davon, daß die Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden ist. Es ist damit zu rechnen, daß sich der bayerische Ministerrat alsbald mit der Angelegenheit befassen und aus grundsätzlichen Erwägungen heraus beschließen wird, sofort bei der Reichsregierung in dieser Frage vorzulegen zu werden.

## In Verschieß!

Siebenundzwanzig bayerische Generale haben Ludendorff aus der Obersten Reichsregierung ausgeschlossen.

Ludendorff, wie hamst dir verduffelt!

Dieses Siebenundzwanzig —

Himmelsgottverbannt —

Siebenundzwanzig Generale bist du!

Die ums Vaterland verdienten Hühner

Mäßen sich in Feindschaft.

Deine Standesgemeinschaft!

Ist jetzt einzig und alleine die Kammer!

Ich — selbst ein verfallener Volksheros

Ist und bleibt ein Nichts

Niedrigsten Gemichts.

Gegen einen echten Königssohn.

Vor dem Rini hart' solch Zwerg,

Bis der gnädig ihn berodert.

Wer den Herrn auf Säbel fordert,

Findet leicht sein Tüchlein-Lammberg.

W. v. Lindenbuden.

Junge Dichtung in Sondernovestellungen der Volksbühne. In drei Monaten will die Volksbühne in diesem Jahre junge Dichtung auf die Bühne bringen. Noch im Laufe des November wird eine erste Vorstellung zwei noch ungeübte Einakter von Brust zusammen mit einem neuen Stück von O'Reilly. Unter dem Titel „Die drei Röhren“ vereinigen. Für die weiteren Monate sind Werke von Wilhelm Braun, Melchior Bisher und Julius Maria Becker in Aussicht genommen. Erste Regisseure und Darsteller haben ihre Mitwirkung bereits zugesagt. Voraussetzung für die Durchführung dieser Sondernovestellungen ist aber, daß sich eine genügend große Anzahl von Abonnenten findet. Um jedermann die Teilnahme an den Aufführungen zu ermöglichen, wird von den Abonnenten für jede Vorstellung ein Betrag von nur 1,50 M. erhoben. Auch Nichtabonnenten der Volksbühne können sich an diesem Abonnement beteiligen. Anmeldungen erfolgen in den Geschäftsräumen der Volksbühne, Bismarckstr. 27 und Königsplatz 7, in der Volksbühnen-Buchhandlung, Köpenickerstr. 68, an den Theatralischen Theaterkassen und in den übrigen Verkaufsstellen der Volksbühne.

Der Meinelische Männerchor gab im Beethovensaal ein Konzert mit vollständigem Programm. Eigenlich mehr ein paar Stunden belustigter, fröhlicher Unterhaltung, ein erhellendes Aufatmen nach dem Winter, ein Aufatmen in der Epöche des Humors und des Uebermutes. Darum nicht etwa wertvoller als ein richtiges „Konzert“ mit schmerz und schwerer Kost. Auch die letzte Miße, solange sie nicht so leichtschüssig ist, daß jede künstlerische Form abwesend ist (und das ist das Entschuldigende!) sollte hier von Zeit zu Zeit ihren Platz beanspruchen. Im Volkslied nehmen ja gerade Fröhlichkeit und

Humor einen breiten Raum ein. Diesmal waren es lauter neuere Volkslieder, die da erklangen. Ich hörte Baumanns sehr sentimentales „Lied in der Heimat“, Döhrmanns desolates „Wiederkehr des „Zwischen Berg und tiefem Tal“, Vorhings „Walzerlied“ und die beiden Schlachtere. Der Verein setzte sich in guter Disziplin, mit gerundetem Klang, der in den Tondüren einen diebstahl etwas zu leichten Eindruck hatte. B. A. Joseph kam diesmal mit grunder, netterlicher Auffassung der schlichten Sächelchen und mit ruhiger Führung. Emil Kühne gibt den Gist Wilhelm Busch, erdachte Märchen und Schmutzen und lang Dautenleber aus neuerer Zeit schlicht und natürlich, ohne jede Uebertreibung in Stil und Ausdruck. Ein befreitendes Aufatmen und fröhliches Lachen durchwehte den gut besetzten Saal.

Der neue Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. In der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt fand am Sonnabend die Einführung des neuen Präsidenten, des bisherigen Leitenden Physikers Prof. Paschen, durch den Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Schulz, statt. In seiner Einführungsrede dankte der Staatssekretär in warmen Worten dem amnestenden ehemaligen Präsidenten, Geheimrat Warburg, für seine langjährige aufopfernde Tätigkeit, die er nur infolge hohen Alters, der ihm im übrigen auch heute noch an verdienstvoller Forschungsarbeit nicht hindere, aufgeben mußte. Der Redner bedauerte, daß es dem Nachfolger Warburgs, Geheimrat Kernst, nur kurze Zeit möglich war, die Anstalt zu leiten. Trotz ihrer Kürze war die Amtsführung von Geheimrat Kernst jedoch von größter Bedeutung, da es ihr gelang, die Anstalt, die unter der Rot der Inflation besonders zu leiden hatte, ungefährdet durch die schwere Zeit zu bringen. In Prof. Paschen glaube die Reichsregierung eine Persönlichkeit gefunden zu haben, der es gelingen werde, die von Helmholtz begründete und von seinen Nachfolgern sorgfältig gepflegte wissenschaftliche Tradition der Reichsanstalt in vollem Maße aufrechtzuerhalten und durch zielbewusste Förderung der deutschen Physik neue Erfolge zu sichern.

Im Namen der Beamtenschaft wurde Prof. Paschen von Geheimrat Helborn herzlich begrüßt. Prof. Paschen dankte allen und gestand, daß er nur nach langem Zögern sich entschlossen hätte, das verantwortungsvolle Amt zu übernehmen. In diesem Entschluß hätte ihn vor allem die Zusage der Regierung bekräftigt, die sich bereit erklärt hätte, die Mittel für die Schaffung eines neuen Forschungslaboratoriums zu bewilligen. Der neue Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm und seinen Mitarbeitern gelingen werde, der deutschen Physik, welche unter dem Mangel an materiellen Mitteln zu leiden hat, durch Einsetzen des deutschen Volkes wieder die führende Stelle zu sichern, die sie in Helmholtz' Zeiten einnahm.

Die Bildung von Kunstauschüssen. Zu der Allgemeinen Versammlung vom 26. März 1924 über die Bildung von Kunstauschüssen sind jetzt, wie der Künstliche Preßdienst mitteilt, Ausfüh-rungsbestimmungen des Kultusministers, des Ministers des Innern und des Justizministers ergangen. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende: Die Kunstauschüsse haben die Kunstauschüsse im Einvernehmen mit dem Generallandschaftsamt binnen sechs Wochen nach Bekanntmachung der Ausführungsbestimmungen zu bilden. Bei jedem Ausschuss sollen drei Abteilungen,

und zwar für Bühne, Schrifttum und bildende Kunst eingerichtet werden. Die drei Abteilungen können auch gemeinsam beraten, die tatsächlichen Aufstellungen auch schriftlich eingeholt werden. — Der Kunstauschuss ist für das Gebiet der Provinz zuständig, in der sich der Sitz des Provinzialparlamentes befindet. Der in Berlin eingerichtete Ausschuss ist zugleich für den Bereich der Provinz Brandenburg und Grenzmark Westpreußen-Posen, der Ausschuss in Frankfurt a. M. zugleich für die Hohenzollernschen Lande zuständig. — Bis zur Errichtung eines Provinzialparlamentes in Düsseldorf wird von dem dortigen Regierungspräsidenten ein vorläufiger Kunstauschuss gebildet, auf den die gleichen Vorschriften wie bei den übrigen Anwendung finden. Der Kunstauschuss in Köln a. Rh. ist für die Regierungsbezirke Köln, Koblenz, Trier, der in Düsseldorf für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Aachen zuständig. — Die Polizeibehörde hat, wenn sie abweichend von dem Gutachten des Kunstauschusses einschreiten will, an den Minister des Innern und zugleich in Abschrift an den Kultusminister auf dem Dienstwege zu berichten. — Das Recht und die Pflicht der Polizeibehörde, in dringenden Fällen die notwendigen vorläufigen Maßnahmen zu ergreifen, bleibt unberührt. Sie ist in solchen Fällen auch berechtigt und verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, ohne das Gutachten des Kunstauschusses eingeholen oder abzuwarten. Sie soll dann nachträglich das Gutachten des Kunstauschusses erheben, um zu prüfen, ob die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Maßnahmen geboten ist. — Bill eines Staatsanwaltschaft von dem Gutachten eines Kunstauschusses abzuweichen, so hat sie vor ihrer Entscheidung an den zuständigen Generallandschaftsamt zu berichten, der, falls er ebenfalls von der Stellungnahme des Kunstauschusses abzuweichen will, in Fällen von besonderer Bedeutung vor seiner Entscheidung an den Justizminister zu berichten hat. — Die Minister werden die geeigneten Fälle dem bei den drei Ministerien gebildeten Ausschuss zur Beachtung vorlegen, der die Aufgabe hat, in zweifelhaften Fällen oder in Fällen von besonderer Bedeutung in gemeinschaftlicher Fühlungnahme die Einschließung der beteiligten Minister vorzubereiten.

Franz Werfel wurde von der Epöchischen Buchhandlung eingeladen, im Beethovensaal des Berliner Rathauses auf eigenen Beinen zu lesen. Der Vortrag findet am Freitag, den 7., abends 8 Uhr, statt.

Heber Knoske-Franze wird Kurt S. Goldschmidt am 8. abends 8 Uhr, im August-Dröber-Saal, Reichstr. 11, auf Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur sprechen.

Eine keramische Sonderausstellung der Steinmanufaktur Besten-Porcelain findet in der Zeit vom 4. bis 20. im Kunstgewerbemuseum Friedemann u. Weber, Bubapfer Str. 8, statt. Außer handgemachten Gebrauchsgeschäften werden im besonderen künstlerische Einzel-Fahnen sowie Lampen gezeigt.

Die Kunsthandlung Nils Gurrli, Potsdamer Str. 113, eröffnet am 4. nachh. des hundertjährigen Geburtstages Caspar David Friedrichs eine Kollektiv-Ausstellung des Künstlers.

Der dänische Bildhauer Kai Mollen ist im Alter von 42 Jahren gestorben. In der Skulptur und im kopienagener Kunsttum ist er viel vertreten. Viele seiner Arbeiten gingen nach Norwegen.

## Zur Verkehrsregelung.

Der in Berlin von der Polizei aufgestellte Plan einer allgemeinen Verkehrsregelung, aus dem im „Normals“ des Verkehrs bereits mitgeteilt wurde, ist bei einem Teil der „Interessierten“ auf Widerspruch gestoßen. Der Zweck dieser Regelung ist, in den Straßen mit hohem Verkehr die glatte Abwicklung zu sichern, die dem Wohl aller dient. Das erfordert manche Rücksichtnahme des Einzelnen auf die Gesamtheit, aber der dabei für die Gesamtheit erzielte Gewinn kommt schließlich auch jedem einzelnen zugute.

Ueber die Absicht, die Rechte der Fußgänger und der Fuhrwerksführer künftig bestimmter abzugrenzen, bestehen wohl keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten. Welchen den Fußgängern und den Fuhrwerksführern, wird damit genügt, daß in verkehrsreichen Straßen die Fuhrwerke an den Ecken die Schulpflicht für die Fußgänger beachten sollen, aber auch die Fußgänger nicht mehr an jeder beliebigen Stelle auf den Fahrdämmen umherbummeln dürfen. Rutscher und Chauffeure geben den Fußgängern an den Straßenecken die Schulpflicht frei und können danach bei ungehinderter Fahrt den geringen Zeitverlust leicht wieder einholen. Die Fußgänger warten auf Freigabe der Schulpflicht und können dann ungefährdet die Fahrdämme überschreiten. Ueber diese Regelung werden sich nur „Großklotz“ ärgern, die aus ihrer Grunwaldstraße im Luisenpark unangehalten nach dem Stadlmann rasen möchten und nicht selten ihren Chauffeur auf die Anklagebank heben. Man weiß ja, daß oft gerade die Leute, die am meisten Soule Zeit haben, am raschesten vorwärts kommen wollen.

Einiger ist die Erregung über den anderen Hauptpunkt der Verkehrsregelung, über die Beschränkungen des Fuhrwerksverkehrs in den belebtesten Straßen, die als Straßen erster Ordnung gekennzeichnet werden sollen. Die Beschränkung, daß hier zu gewissen Tagesstunden keine Waren ein- oder ausgeladen werden dürfen und Personalfuhrwerke nur zum Aus- und Einsteigen halten sollen, ist für die Inhaber von großen Geschäften begrifflich schwerlich unverständlich. Gestern haben ihre Organisationen dazu Stellung genommen, aber auch sie scheinen sich der Einsicht nicht ganz zu verschließen, daß solche Sperren notwendig sind. Welche Tagesstunden die geeignetesten sind, darüber gehen unter den verschiedenen Gruppen der Geschäftsinhaber die Meinungen auseinander. Der Zwang, die Personalfuhrwerke in Nebenstraßen warten zu lassen, bis der Fahrgast sie zur Weiterfahrt braucht, wird keinem Geschäftsmann schaden. Die Dame, die im Auto vorfährt und es nachher in der Nebenstraße wieder beisteigen soll, wird nicht weniger Einkäufe machen, weil sie die paar Schritte gehen muß.

Was sagen zu dem ganzen Regelungsplan die Fuhrwerksführer? Für sie ist die glatte Abwicklung des Verkehrs von besonderer Wichtigkeit. Mit Freude werden sie es begrüßen, daß auch der Fußgänger zur Disziplin erzogen werden soll. Das wird manchen Fuhrwäger vor einem Unfall bewahren und manchen Rutscher und Chauffeur vor einer Anklage.

## Berufungen der Verkehrsdeputation.

Heute vormittag beschäftigte sich die städtische Verkehrsdeputation in ihrer Sitzung mit der vom Polizeipräsidenten ausgearbeiteten neuen Verkehrsordnung. An den Berufungen beteiligten sich der Delegierte für Verkehrsregeln im Polizeipräsidenten Rat, Herr Dr. Roske sowie eine Reihe von Referenten des Polizeipräsidenten. Nach einer ziemlich eingehenden Aussprache stellte sich heraus, daß die vom Polizeipräsidenten vorgelegene Verkehrsordnung des Verkehrs auf bedeutend weniger Widerspruch bei der Mitgliedschaft der Verkehrsdeputation stößt, als das nach dem Votum der Interessentenverbände anzunehmen war. Im Prinzip wurde die Einteilung nach Verkehrsregeln 1. und 2. Ordnung aufgegeben. Ebenso billigt man das Verbot des Haltens von Automobilen in den Verkehrsstraßen 1. Ordnung wie das Verbot des Kraftwagenverkehrs zu bestimmten Tageszeiten. Allerdings wünscht die Deputation dieses Verbot auf die Zeit von 2-7 Uhr nachmittags beschränkt zu sehen. Auch gegen die Einrichtung von besonderen Schutzwegen zum Überqueren der Straßen durch das Publikum, die mit weißen Strichen auf dem Fahrdamm markiert werden sollen, findet keinen grundsätzlichen Widerspruch. Allerdings sollen Einzelheiten der Verkehrsordnung noch besonders durchberaten werden, immerhin kann man nach dem Verlauf der heutigen Verhandlungen annehmen, daß die Vorzüge des Polizeipräsidenten sich leichter durchsetzen werden als zu erwarten war. Die Verkehrsdeputation beschloß schließlich die Einlegung eines kleineren Ausschusses, der gemeinsam mit Vertretern des Magistrats und der Polizeibehörde nach einmal verschiedene Einzelheiten der Verkehrsordnung durchberaten soll. Besonders die Frage bleibt noch zu prüfen, welche Straßen als Verkehrsstraßen erster und zweiter Ordnung zu bezeichnen sind. Einstimmig wurde beschlossen, daß die neue Verkehrsordnung nicht vor dem 1. Januar des nächsten Jahres in Kraft tritt.

## Kasperletheater.

Man schreibt uns: Auch das geistige Proletariat, Schauspieler und andere Künstler, stellen sich in der nachrevolutionären Zeit recht lebhaft an die Seite ihrer handarbeitenden Klassenangehörigen. Aber wenn dies in dem Rahmen geschieht, wie am Sonntag bei der kommunistischen Propagandaaktion der „Roten Hilfe“, dann muß man Künstler und Zuschauer bedauern. Die „Kasperletheater“, als angeblicher Leiter der Veranstaltung, will nach einer Erläuterung im Programm ein proletarisches Theater schaffen. Sie will die Mühe und den Sumpf der gegenwärtigen Kunst, die Entzweiung von Millionen Menschen und das System der Bourgeoisie nach und nach zerstören. „Das Theater muß von den Menschen erobert werden, die mit ihrer Kunst oder Tugend den Weg zeigen können, den die Menschheit in den nächsten Jahrhunderten auf Grund einer absolut feststehenden sozialpolitischen Entwicklung gehen muß und gehen wird.“ Das klingt wirklich sehr revolutionär, aber was verstehen die Künstler unter einer „absolut feststehenden sozialpolitischen Entwicklung“? Offen gesagt, das Debit der Kasperletheater am Sonntag war ein großes „Kasperletheater“ nach Rostocker Rezept. Wir leben auch nicht in den „herrlichen“ (herrlich) und Machonad, wie sie das Proletariat verkörpern, alles mit passenden humoristischen Metaphern. Und während man so alles, was nicht Marke Rostau ist, in den tiefsten Ortus, wobei die Verdräse gehören, versinkt, erhebt immer wieder der Ruf: „Seid alle einig.“ Wir würden dieses Rostocker Kasperletheater nicht glorifizieren, wenn es nicht ein Symptom der Zeit wäre. Denn die Zuschauer und Zuschauer waren sehr zu einem wesentlichen Teil gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die sich nicht schweigen diesen Affentanz bieten lassen. Und das in der „Glocke der Intelligenz“! Dieses „proletarische Theater“ der Künstlerklasse würde man in jeder Kleinstadt ausstellen. Wenn dies die „absolut feststehende sozialpolitische Entwicklung“ der Zukunft sein soll, dann gehen wir wirklich „herrlichen Zeiten“ entgegen.

## Großflugtag in Staaten.

Am Sonntag flog alles in Staaten draußen auf dem Flugplatz Müte, Wästen, Flugmaschinen und sogar auch Menschen ohne Maschinen. Der Wind auf der Flugplatzhalle des Deutschen Aeroclubs blies sich im Sturm zu einer dicken Wurst. Aber das genierte die Flinken, keinen Sportflugzeuge nicht. Es schien fast, als ob den

# Die Hochwassergefahr im Westen.

Das Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse ist weiter im Steigen begriffen. Der Main fließt als ein reißender Strom dahin und droht zu einer Katastrophe für die umliegenden Städte zu werden. Stark gefährdet sind in erster Linie Köln und Frankfurt a. M.

Köln, 4. November (Eigener Drahtbericht). Der Rhein ist an sieben Stellen stark über seine Ufer getreten und überschwemmt die weite weite Strecken. In Köln, wo sonst der Rhein einen normalen Wasserstand von etwa 2 Metern zeigt, stand heute früh das Wasser auf 3,12 Meter. Der Rhein steigt noch weiter flüchtig um 4 Zentimeter. Auch von den Nebenflüssen des Rheins und vom Oberrhein wird noch andauernd starkes Steigen gemeldet. Die am Rhein gelegenen Straßen in Köln stehen unter Wasser. Im Helsenviertel lagern in den Kellern und Lagerhäusern für Millionen von Mark Lebensmittel, die nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnten und nunmehr dem Verderben preisgegeben sind. Im neuen Kölner Hafen mußten alle Arbeiten infolge des Hochwassers eingestellt werden. Schon läßt sich der Schaden des Hochwassers angedeutete Schäden auf viele Millionen Mark berechnen. Seit Sonntagmorgen ist in Köln der Hochwasser alarmiert worden, der den durch das Hochwasser bedrohten Einwohnern der Altstadt Hilfe zu leisten hat. Die Rheinfurterbahn zwischen Köln und Bonn ist nicht mehr durchgefahren worden. Auch der Eisenbahnverkehr wird durch das Hochwasser besonders auf den Moseltrecken stark beeinträchtigt.

Der Rhein liegt heute vormittag bis neun Uhr auf 3,20 Meter. Augenblicklich erhöht sich der Wasserstand um etwa zwei Zentimeter in der Stunde. Die ganze Rheinwerft von der Höhenzollernbrücke bis zum Jüngersgraben gleicht einem See. Die Deuher Rheinfurterbahn liegt ebenfalls unter Wasser. Jeder Verkehrsverkehr hat aufgehört. In Mannheim ist das Wasser zum Stehen gekommen. Von Koblenz wird weiteres Steigen um zwei bis drei Zentimeter, vom Oberrhein leichtes Fallen gemeldet.

## Der Schaden im Moseltal.

Das Hochwasser ist im Laufe des gestrigen Tages weiter gestiegen. Im ganzen Moseltal hat das Wasser verheerenden Schaden angerichtet. Ganze Dörfer sind überschwemmt, in zahllosen Häusern ist Vieh ertrunken. Die überfluteten Bewohner der überschwemmten Moseldörfer haben nur das Nötigste an Lebensmitteln vor den einfallenden Elementen retten können. Besonders übel sind die Winzer davon, denen der neue Most in den überschwemmten Kellern verdirbt. Die Gleise der Moseltalbahn liegen teilweise 2 Meter unter Wasser. — In Neuwied ist das Hochwasser arbeitslos in die Häuser eingedrungen, der Markttag ist vom Wasser umflutet, so daß teilweise ein Bootverkehr einschleift. Der Straßenbahnverkehr ist stark gehemmt und wird durch Um-

fluten des Ankämpfers gegen den Sturm besondere Freude machte; so konnten sie und ihre Maschinen wenigstens ihre Tüchtigkeit beweisen. Eine zahlreiche Zuschauermenge hatte sich zum Großflugtag eingefunden. Sie wurde für ihr tapferes Aushalten bei dem keineswegs angenehmen Herbstwetter voll anerkannt. Die Sportflieger purzelten nur so in der Luft umher. Sturzflüge, Roll- und Schleifenflüge gab es, bei denen gar oft die Köpfe nach oben standen. Als Sentenzen wurden Fallstrich- und Sprünge des Konstruktors Steiner und einer Dams gezeigt. Sie gelangen glänzend. Der Fallstrich ist eine Konstruktion und hat eine Oberfläche von 120 qm. Er arbeitet mit Ventilen, durch deren Ventilation die Abtriebsgeschwindigkeit reguliert werden kann.

Eine glänzende deutsche Verkehrsleistung vollbrachte kürzlich ein Flugzeugführer vom Deutschen Aero-Club. Er startete mit einem Verkehrsflugzeug morgens um 5:55 Uhr in Hannover zu einem Postflug nach Amsterdam, das er in drei Stunden 55 Minuten erreichte. In Amsterdam startete er um 12:10 Uhr mittels zum Rückflug nach Berlin. Von Amsterdam bis zur Zwischenlandung in Hannover benötigte das Flugzeug nur zwei Stunden Flugzeit trotz des sehr stürmischen und regnerischen Wetters. Von Hannover bis zum Hauptflughafen Straelen dauerte der Flug nur eine Stunde und 35 Minuten. Die Fluglinie Amsterdam-Berlin beträgt annähernd 600 Kilometer.

## Die schwarzweißrote umrahmte „Kommandantur-Kapelle“.

In den Straßen Berlins prangt an den Anschlagplätzen ein Plakat, das zum Besuch des Berliner Konzerthauses einladet und einen „Deutschen Abend“ zum Besten eines Kriegerveteranen verspricht. Das dieses Plakat schwarzweißrot umrahmt ist, kann man bei der Diebstahlschütze deutlicher und deutschblütiger Zeitgenossen vielleicht begreiflich finden. Unbegreiflich ist aber, daß auf dem Plakat die „Ritornelle“ der Kapelle der Kommandantur Berlin angeklungen wird. Wer nach dieser Kapelle die Erlaubnis zur Mitwirkung in einem Konzertsaal und bei einer Veranstaltung, die sich in schwarzweißroter Aufmachung empfehlen?

Die Taubenfreunde, und deren sind nicht wenige in Berlin, haben zugeht an der Ausstellung im Neuen Rathaus zu Schöneberg ihre große Freude. Auf der Schau des Bezirks West-Südwest stellen fünf Vereine 532 Tauben aus. Die Sammlung bilden die 18 Indianer. Diese Rasse ist sehr selten und außerdem schwierig zu züchten, da die Tiere erst im höheren Alter ihre volle Schönheit erlangen. Unter den Tauben, die alle auf den Böden von Berlin W. und Schöneberg wohnen, sind sämtliche einschlägige Rassen vertreten, u. a. sieht man viele Angehörige der Schöneberger Lokalbasse, ferner Berliner, Brieftauben, Stargarder Zitterhähne, Plautäuben englische Kräper usw. Deswegen sind viele Wiener Hochflieger vertreten, die jetzt sehr in Aufnahme kommen, ebenso die englischen Eistern. Diese werden nach und nach zur Modetaube. Bei diesen Tieren muß der ganze Körperbau ziemlich lang gezogen sein, um vor den Augen der Preisrichter Gnade zu finden. Die Ausstellung wurde bislang sehr gut besucht, u. a. auch von vielen Schulklassen.

Jugunglück in England. Ein Schnellzug von Liverpool nach Glasgow ist entgleist. Dabei wurden mehrere Wagon zertrümmert, einer geriet in Brand. Bloßer sind zwölf Leichen geborgen. Die Zahl der Verwundeten wird auf vierzig geschätzt.

Schwere Flugzeugkatastrophe bei Danzig. Das Flugzeug, das den Passagierverkehr zwischen Marienburg und Danzig vermittelt, ist Dienstagvormittag verunglückt. Infolge starken Windes mußte der Führer kurz vor Danzig eine Notlandung vornehmen. Hierbei überschlug sich das Flugzeug und wurde zertrümmert. Der Führer und alle drei Insassen, zwei Herren und eine Dame, wurden getötet.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfindungen für diese Nacht (ab 8 Uhr) in den Bezugsstellen. 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. 2. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 3. Kommunistische Partei Deutschlands. 4. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. 5. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 6. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 7. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 8. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 9. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 10. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 11. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 12. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 13. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 14. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 15. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 16. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 17. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 18. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 19. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 20. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 21. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 22. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 23. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 24. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 25. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 26. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 27. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 28. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 29. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 30. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 31. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 32. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 33. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 34. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 35. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 36. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 37. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 38. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 39. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 40. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 41. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 42. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 43. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 44. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 45. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 46. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 47. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 48. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 49. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 50. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 51. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 52. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 53. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 54. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 55. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 56. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 57. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 58. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 59. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 60. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 61. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 62. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 63. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 64. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 65. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 66. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 67. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 68. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 69. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 70. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 71. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 72. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 73. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 74. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 75. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 76. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 77. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 78. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 79. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 80. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 81. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 82. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 83. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 84. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 85. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 86. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 87. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 88. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 89. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 90. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 91. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 92. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 93. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 94. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 95. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 96. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 97. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 98. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 99. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 100. Christlich-sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Belgen aufrecht erhalten. Auch die Weid führt Hochwasser. — Ein Marinar in Duisburg hat sich die Sperre der Sperre infolge des Hochwassers festgestellt. Die Hafenverwaltung war gestern eifrig bemüht, die Sperre wieder in Funktion zu setzen. Ein durch das Steigen des Rheinwassers abgetriebenes Floß durchbrach bei Hainberg die Sperre in mehreren Homburg vor Anker liegender Röhre. Diese Röhre kamen ins Treiben und stießen zusammen, wobei ein mit Kohlen beladener Kahn sank. Mehrere andere Röhre wurden schwer beschädigt. Nachrichten sind nicht zu bekommen.

Frankfurt a. M., 4. November. Gestern Abend um 10 Uhr war das Wasser des Mains bis zur Saalgasse vorgebrungen. Der Main ist Montag zwischen 6-7 Uhr langsam um weitere 20 Zentimeter gefallen und dürfte bis Dienstag früh noch weiter steigen. Weihenburg meldet ein Steigen um 40 Zentimeter. Weihenburg ein ständliches Unwetter um 4-5 Zentimeter, doch scheint für Frankfurt die größte Gefahr vorüber zu sein, wenn nicht noch neue starke Regengüsse einsehen.

Düsseldorf, 4. November. Durch das Hochwasser des Rheins, das schon den Kaiser-Wilhelm-Damm überflutet, wird die im Bau befindliche große Rheinpromenade, die nach Kaiserwerth führt, stark gefährdet. Große Teile der Aufschüttungen sind bereits weggespült.

Mühlheim, 4. November. Der Eisenbahnverkehr zwischen Bonn und Koblenz ist durch das Hochwasser lahmgelegt.

## Ueberschwemmungen in Frankreich und Belgien.

Paris, 4. November. Die Ueberschwemmungen in Ostfrankreich nehmen nach den letzten Meldungen einen besorgniserregenden Umfang an. Bei Sedan wurden gestern von der Strömung drei Brücken über die Maas fortgerissen. Auch Weihenburg und Mosel sind über ihre Ufer getreten. Nancy ist bedroht. Das Wasser der Mosel ist in die Barfüßlerbrücke von Metz eingedrungen und hat die umliegenden Dörfer überschwemmt. In Belgien haben besonders Charleroi und Lüttich schwer gelitten. Der Straßenbahnverkehr von Lüttich nach Seraing und der Eisenbahnverkehr nach Nordbrügge sind unterbrochen. Dimont ist teilweise in Dunkel gehüllt, weil die Gasleitungen beschädigt sind. Komur hat weniger schwer gelitten, doch fürchtet man, daß die Brücken den Fluten nicht mehr lange standhalten werden. Die Dörfer von Brüssel sind überschwemmt. Hat ist auf allen Seiten von Wasser eingeschlossen.

De Seine, die Loire und die Rhone sind ebenfalls über die Ufer getreten. In Paris-Duc sind durch die Ueberschwemmungen eines kleinen Flusses mehrere Fabriken unter Wasser gesetzt worden, so daß Hunderte von Arbeitern brotes geworden sind. Auch die Keller der Banken stehen unter Wasser, so daß die Kassenschränke geräumt werden mußten.

## Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, 4. November, abends 7 1/2 Uhr:

Charlottenburg, 4. Novemberabend in der Schulaula, Teichstraße 40  
Ordnung, Regulatorien, Belästigung, Hans-Erich-Scholz.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Das Schul-Kollegium besteht, Münsterstraße 25, mit seinen Filialen Landwehr-Damm 13 und Friedrichstraße 24, bringt wie immer, in Folge glücklicher Einbeurteilung, eine Reihe billiger Angebote in guten Schulen. Wir weisen deshalb auf das heutige Inserat der Firma hin.

# Gewerkschaftsbewegung

## Reform der Personalordnung der Reichsbahn.

Gegen Ende dieser Woche wird voraussichtlich der dritte Entwurf der Personalordnung der Reichsbahn fertiggestellt werden. Schon in den bisherigen Entwürfen fand eine Reihe von Verbesserungen der Gewerkschaften Berücksichtigung. Allein wie die Gewerkschaften den dritten Entwurf als Ganzes ablehnen müssen, so wird es schließlich auch bei der endgültigen Fassung der Personalordnung sein. Die Würfel über das Schicksal der Eisenbahner sind bereits gefallen, wenn auch der Kampf um die Personalordnung von beiden Seiten noch mit unermüdelter Zähigkeit zu Ende geführt wird.

Der dritte Entwurf, dessen Inhalt in der amtlichen Berichterstattung nur kurz berührt wurde und auf den wir deshalb etwas genauer eingehen wollen, hat wie der „Soz. Preßdienst“ erfährt, insgesamt dreißig Abschnitte, die, wie z. B. im Versicherungsgebiet und bei den Wahlvereinsvereinigungen, zum Teil die früheren Bestimmungen übernehmen, teilweise aber auch wichtige Veränderungen bringen. In Zukunft gibt es nur noch Reichsbahnbeamte; sie sind keine Angestellten und keine Reichsbeamten im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern das Produkt eines ausgeklügelten Systems. Der Charakter des Berufsbeamten ist gewahrt. In der Hauptrolle steht bei der Reichsbahn künftig eine ganz verschiedene Kategorie von Beamten; die alten und die neuen. Die alten Beamten, d. h. die bei der Umstellung mitübernommenen Beamten, haben im wesentlichen ihre alten Rechte beibehalten. Der neue Beamtennachwuchs dagegen ist in bezug auf Beamtenrechte wesentlich schlechter gestellt. Die Reichsbahnbeamten sind republikanische Beamte. Sie haben den Eid auf die Verfassung zu leisten.

Die Reichsbahn wird verpflichtet, zur Unterbringung der Versorgungsberechtigten (Witwenrentenempfänger) 15 Proz. der einzustellenden Beamten aus den Versorgungsstellen zu entnehmen. In der Beförderungfrage ist zunächst noch keine Neuordnung vorhanden. Hier sind die Beförderungsbefugnisse des Generaldirektors noch nicht klar abgegrenzt. Die Organisationsforderungen höherer Ein- und zweiter Klasse der Reichsbahn sind durch einseitige Festlegungen in der Personalordnung. Von dem neuen Plan, das Verwaltungsamt und Generaldirektor zusammen die Entscheidung haben sollen, sind die Gewerkschaften nicht entzückt. Der Einfluß des Reichstages kann nur indirekt und höchstens bei der Aufstellung einer neuen Beförderungsbefugnisse stärker geltend gemacht werden. Der Reichsfinanzminister hat sein Einspruchsrecht — natürlich nur nach oben. Ein Einspruchsrecht gegen eine Ueberschreitung der unteren Grenze zu schaffen, hat man seinerzeit vergessen. Neu ist, daß für besonders gefährdete Posten Zulagen gezahlt werden. Das Drängen der Eisenbahnbeamten auf höhere Einstufung wird wahrscheinlich nur zu einer Vermehrung der Stufen führen; zwanzigjähriger wäre es, nicht auf höhere Stufen, sondern auf höhere Bezahlung innerhalb derselben Stufe zu drängen. In der Urlaubsfrage bleibt es wahrscheinlich einstweilen beim Urlaub der Reichsbeamten. Die Organisationsforderungen sind dagegen, daß Verwaltungsrat und Generaldirektor allein in der Urlaubsfrage bestimmend sein sollen.

Bei der Verlegung in den einseitigen Ruhestand (Wartgeld), in den dauernden Ruhestand, beim Bezug der Pension sind für den alten Reichsbahnbeamten die Ansprüche aus seinen bisherigen und nach geltenden Rechten gewahrt. Das ist z. B. der Fall bei Verlegung auf eine Dienststelle von geringerer Bewertung. Oder wenn z. B. die Reichsbahn eines Tages die Pensionsfrage herabsetzt, dann wird nicht die Pension der alten

Dienstjahre gekürzt, sondern nur die der neuen. Bei den kündbaren Beamten kommt die Verletzung in den einseitigen Ruhestand nur dann in Frage, wenn es sich um eine besondere qualifizierte Arbeitskraft handelt, für die vielleicht im Augenblick keine Verwendung vorhanden ist. Bei Entlassungen ist die Möglichkeit der Zahlung einer Abfindungsumme vorgesehen. Diese Abfindungsumme wurde bei den Verhandlungen gegenüber den Gewerkschaftsvertretern als besondere Wohlthat gepriesen. Sie ist im Grunde nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit; denn erfahrungsgemäß gelingt es einem älteren Eisenbahner nur sehr schwer, in der Privatwirtschaft ein Unterkommen zu finden. Gegen Verletzung in den Ruhestand, gegen Entlassung u. dgl. ist, wie bekannt, ein Einspruchsrecht bei einer Sachstelle vorgesehen.

In der Arbeitszeitfrage sind die Richtlinien des Reichskabinetts und ebenso die Bestimmungen der Arbeitszeiterordnung übernommen worden. In der Dienst- und Mietwohnungsfrage sind die alten Vorschriften beibehalten. Abänderungsmöglichkeiten liegen im Bereich des Generaldirektors. Auch hier wollen die Gewerkschaften, daß ein Teil der Nacht des Generaldirektors in die PD. verlegt wird. Für Krankheitsfälle ist neu vorgesehen, daß bei den kündbaren Beamten zunächst die Weiterzahlung des Gehalts bis zu 26 Wochen erfolgt und, wenn dann der Arzt feststellt, daß Aussicht auf Genesung besteht, die Entlassung zunächst nicht vorgenommen werden darf. Für die Dienst- und Schulung werden besondere Vorschriften vom Generaldirektor erlassen. Bei den Dienstvergehen und Strafen sind die wesentlichsten Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes übernommen; sie haben aber, wogegen die Organisationen sich wandten, insofern eine Verschärfung erhalten, als schon gewöhnliche Vergehensstrafbefugnisse in die Hand bekommen haben. Diese Verschärfung ist nicht zu halten. Die endgültige Personalordnung, die aus dem angeforderten vierten Entwurf hervorgehen soll, wird im Laufe des Monats Januar erscheinen.

### Drohender Streik bei der Omnibusgesellschaft.

Die Abstimmung über das Angebot der Direktion der Omnibusgesellschaft hat mit mehr als Zweidrittelmehrheit der gesamten Belegschaft die Ablehnung ergeben. Damit ist die Gefahr einer Arbeitsniederlegung in unmittelbare Nähe gerückt. Die Belegschaft wird in einer Vollversammlung über die zu unternehmenden Schritte Beschluß fassen.

### An die Buchbinder in den Buchdruckereien!

Seit Beschluß der Ortsverwaltung und der Branchenleitung haben die in den Buchdruckereien beschäftigten und nach dem Buchdruckervertrag entlohnten Buchbinder für Gehältn dieselben Forderungen wie die Buchdrucker einzureichen. Näheres siehe Morgenausgabe. Für geübte Buchbinderarbeiten beträgt die Forderung 6,10 M. pro Woche. Die bei Nichtbewilligung unserer Forderungen notwendige Kündigung hat am Frei-

tag, den 7. zum 14. November zu erfolgen. Wir bitten, die Morgenausgabe vom Freitag, den 7. November, zu beachten, in welcher weitere Anweisungen erfolgen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.  
Die Ortsverwaltung.

### Eine Blamage der Kommunisten.

Dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben: Am vergangenen Dienstag war eine Versammlung aller gewerkschaftlichen Arbeitnehmer Berlins nach den Germania-Sälen einberufen worden. Die Verwaltung des Verbandes hat bereits vor einem halben Jahr beschlossen, die aus dem Verband ausgeschlossenen Kommunisten — Knüppel-Kunze-Leute und andere Krateeler — zu solchen Versammlungen nicht mehr zuzulassen. Die Generaterversammlung des Zweigvereins des Verbandes hat diesen Standpunkt mit allen gegen 11 Stimmen gebilligt, weil solche Versammlungen durch die Ausgeschlossenen lediglich zur Austragung ihrer persönlichen Differenzen benutzt werden und dann zu einer Schädigung des Verbandes führen.

Die Kommunisten hatten demgegenüber schon tagelang vor der Versammlung die Parole ausgegeben, den Zutritt der Ausgeschlossenen unter allen Umständen zu erzwingen. Der Skandal setzte auch prompt nach Eröffnung der Versammlung ein. Auf Befehl von Moskau glaubten einige Verbandsmitglieder die Zulassung der Ausgeschlossenen beantragen zu müssen. Als derartige Anträge nicht zugelassen wurden, versuchte einer der Versammlungsteilnehmer sich mit Gewalt das Wort zu verschaffen. Er wurde mit lautem Ruchdruck vom Podium herunterbefördert.

Wir hätten angenommen, daß die „Rote Fahne“ vernünftig genug gewesen wäre, über die Blamage, die sich die Kommunisten in dieser Versammlung zuzogen, zu schweigen. Da sie nun aber doch keinen „Stieg“ melken konnte, hat sie eine Schimpfanrede losgelassen unter der Überschrift: „Der Gewerkschaftsführer Saar ruft die Polizei.“ Wir beschränken uns darauf, festzustellen, was sich tatsächlich ereignet hat.

Als die Kommunisten mit ihrer Absicht, die Versammlung zu sprengen bzw. der Verbandsleitung die Versammlung aus den Händen zu nehmen, nicht durchliefen, entstand ein unbefriedigender Tumult in der Versammlung, der die Verbandsleitung veranlaßte, die bereitgestellte Polizei zum Eingreifen zu veranlassen. Die Verbandsleitung wird auch zukünftig unter allen Umständen gegen derartige Unternehmungen der Kommunisten vorgehen. Als die Polizei an der Saalkante erschien, war auf einmal völlige Ruhe eingetreten; die Krateeler vertrugen sich in die Rufeisöhler. Das bloße Erscheinen der Polizei hat die sehr aufgeregten Kommunisten außerordentlich gut beruhigt.

Das Referat des Genossen Saar wurde dann unter größter Aufmerksamkeit angehört, auch die Diskussion verlief absolut ruhig. Nach Schluß der Diskussion verlangten einige Kommunisten, daß jemand „von der anderen Richtung“ zum Wort kommen müsse. Demgegenüber erklärte die Verbandsleitung, daß es innerhalb der

Gewerkschaft, soweit Mitglieder in Frage kommen, keine „Richtungen“ gibt und daß auf keinen Fall zugelassen würde, daß die kommunistischen Verbandsmitglieder in derartigen Versammlungen gegen den Verband auftreten. Zur Vertretung ihrer „Richtung“ hätten sie genügend Zeit in den Mitglieder- und Generaterversammlungen. Nun entfuhr sich noch einmal die ganze Wut der KPD-Beute über die erlittene Niederlage. Zwei Wäckerdühend verließen die Saal besuchte Versammlung, die sich dadurch nicht beirren ließ. Die zurückbleibenden 95 ProZ. der Versammlungsteilnehmer hörten sich in aller Ruhe das Schlusswort an, so daß die Versammlung mit einer argen Schlappe für die sogenannte „Opposition“ endete.

**Achtung Tapezierer und Näherinnen!** Bei der Firma Dittmar, Rollenmarkt 6, Postlerwerkstatt, Cadiner Straße 20, sind alle Näherinnen, Postlerer und Dekorateur, wegen Nichtbewilligung der Forderungen in den Streik getreten. Die Kollegen, welche alle lange Jahre bei der Firma beschäftigt sind, erhalten nur den Mindestlohn. Die Werkstatt ist für alle Postlerer, Dekorateur und Näherinnen bis auf weiteres gesperrt. Kollegen, übt Solidarität! Nehmt keine Arbeit bei der Firma an.  
Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers, Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Kurt Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: R. Ehlert; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Volles und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: E. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 2.

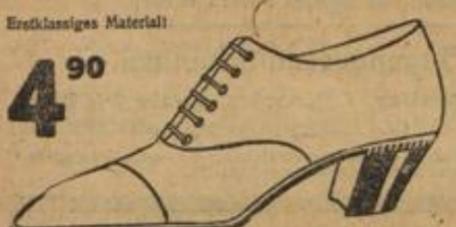
**Gegen**  
**bequeme Wochen- oder Monatszahlungen**  
geben wir jetzt auch  
aus eigener Fabrikation  
**Damen-Konfektion**  
zu bekannt billigen Preisen ab.  
**Oskar Wollburg,**  
Brunnenstraße 56-57  
Kredit-Abteilung.

**Steppteden**  
preiswert, direkt Fabrik  
Bernhard Strohmandel,  
72 Wallstr. 72/73 Spittelmarkt,  
C. Engelh. u. Nikolsburg Pl. 2  
Alle Steppteden werden aufgearb.

**Berliner Ulk-Trio**  
Neukölln, Lahnstr. 74/75 L.

Erstklassiges Material

**4<sup>90</sup>**



**Mod. breite Schiebespange oder Schnürschuh,** spitze Form, Affenschuh, Wildleder ltbl., braun, grau od. schwarz, gute Kernledersohlen, für Straße u. Gesellschaft

**Damen-Halbschuhe 6<sup>90</sup>**  
mod. Form m. Lackkappe, teils braun Boxr., gut. Material

**do. Orig. Goodyear Welt 9<sup>90</sup>**  
echt R. Chevrr., teils braun Boxk., mod. Form., gut. Fabrikat

**Eleg. Gesellschaftsschuh**  
mit roten oder grünem Besatz

**12<sup>80</sup>**



**Die neuesten Modeschlager bei uns! billig!**

Ein Posten ca. 1200 Paar

**Feine Luxussachen u. Straßen-Schuhe**  
Orig. Goodyear-Welt, Handarbeit und Mackay, in Lack, farbig, Wildleder, braun u. schwarz Boxkalf und Chromleder, in Schnür, Spange, Pumps und Schiebespange, meist Louis XV.-Absatz, erstkl. Fabrikate. Größe 35-41. **Durchweg Paar Serie I 9.80, Serie II 7.90**

**Herrenstiefel**  
echt Boxrind, mod. breite Form mit Verhabschnitt  
**6<sup>90</sup>** gutes Material

**Herrenstiefel**  
Orig. Goodyear Welt  
moderne spitze Form  
**12<sup>50</sup>**

**Herrenstiefel**  
kräftige Spallleder breite Form  
**5<sup>90</sup>**

**Herrenstiefel**  
echt Boxkalf, sowie braun Boxrind, auch Halbschuhe  
**9<sup>80</sup>**

**Eleg. Stoffgamaschen**  
moderne Farben  
**2<sup>95</sup>**

**Damenstiefel**  
All. Größ. echt R. Chev. 8.90, echt Boxkalf Gr. 35-37  
**6<sup>90</sup>**

**Damen-Halbschuhe**  
Led. u. Affsch. Jettel. Spang. Pumps u. Schnür 35-38  
**3<sup>50</sup>**

**Lack-Schnürschuhe**  
u. Schiebespange mod. Form. **11.90, 12.80**

**12<sup>80</sup>**  
Prima Lack 16<sup>80</sup>

**7<sup>90</sup>**  
dto. Halbschuhe  
**9<sup>80</sup>, 11<sup>90</sup>**

**12<sup>50</sup>**  
Schwarz Samtkalb mit Silberstreifen sowie Lack mit rot oder grün gesteppt





Hochelegante Ausführung, echt Chrom-Chevreaux

**12<sup>80</sup>**  
Prima Lack 16<sup>80</sup>

Lack, grün, rot oder blau, prima Chevreaux sowie schwarz Samtkalb.

Schwarz Samtkalb mit Silberstreifen sowie Lack mit rot oder grün gesteppt

**12<sup>80</sup>**

**Gross-Detail Schuh-Lokal Behrndt**

Münzstr. 25

Frankfurter Allee 64  
Hottbuscher Damm 13

**Babyschuhe** Leder und Stoff, sowie warme Kinderstiefel mit Schnalle oder Schnüren 18-21. . . . . **95**

**Kinderstiefel** Kräftiges Spallleder. 31-35 M. **4<sup>90</sup>**

**Kamelhaarstoffschuhe** mit Schnalle oder Götterschnalle, Fils und Ledersohlen billig

**Warme Hausschuhe** auch m. Schnall. M. 2.90, 3.90 **1.45**

**Leder Damen-Hausschuhe** Kräftiges Spallleder. . . . . **1.95**

**K.-Seidenstrümpfe** für Damen verschiedene Modefarben. . . . . **1.75**

Fortsetzung unserer

**Serien - Woche**

90 Pf. Wir sind 1.90 wirklich 2.90 3.90 billig 5.90

Beim Einkauf von 3.— M. an **1 Luftballon gratis!**

**Kaufhaus Sternfeld Neukölln**  
Hermannstraße 210